

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die öffentliche Sitzung**  
**des Finanz- und Verwaltungsausschusses**  
**vom Dienstag, 18. März 2014**

Sitzungsleiter: 2. Bürgermeister Ried  
 Schriftführer: Herr Ipsen

Gremiumsmitglieder		an- wesend	ent- schuldigt	Bemerkung
SR Anhalt	Mitglied	<b>X</b>		
SR Brilmayer	Mitglied	<b>X</b>		
SR Gietl	Mitglied	<b>X</b>		
SR Luther	Mitglied	<b>X</b>		
SR Rauscher	Mitglied	<b>X</b>		
SR Schechner jun.	Mitglied	<b>X</b>		
SR Schmidberger	Mitglied	<b>X</b>		
SR Schurer	Mitglied	<b>X</b>		

zusätzlich anwesend:

SR Obergrusberger	Zusätzliche Einladung	<b>X</b>		als Zuhörer
3. Bgm. Riedl	Zusätzliche Einladung	<b>X</b>		als Berater
SR Schedo	Zusätzliche Einladung	<b>X</b>		als Zuhörer
SR Schulte-Langforth	Zusätzliche Einladung	<b>X</b>		als Zuhörer

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt zweiter Bürgermeister Ried die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Verwaltungsausschusses fest.

**TOP 1.**

**Ausbau des Breitbandnetzes; Weiteres Vorgehen im Rahmen des Förderprogramms**

öffentlich

**Sachverhalt:**

Ingenieur Ledermann berichtet über die Änderungen im derzeitigen Förderprogramm des Freistaates Bayern, wie Veränderung der Förderquote, Erhöhung des Förderbeitrages pro Kommune, Vermeidung der Vorfinanzierung, Beteiligung der Bundesnetzagentur und die Beteiligung der Vermessungsämter. Die Förderrichtlinien werden derzeit von der Kommission der europäischen Union auf die Zulässigkeit der Subvention hin überprüft. Kommunen wie die Stadt Ebersberg, die sich schon aufgrund der bisherigen Förderrichtlinien um eine Aufnahme im Programm bemüht haben, werden automatisch in das neue Förderprogramm übernommen. Herr Ledermann erläutert die momentane Ausbausituation in Ebersberg und schlägt dem Ausschuss angesichts der Ausbauaktivitäten von Kabel Deutschland in der Innenstadt zwei Ausbaugebiete (benannt Ebers-

berg Nord und Ebersberg Süd) vor, die zur Ausschreibung kommen und für die Förderrichtlinien angemeldet werden könnten.

Herr Ledermann weist darauf hin, dass es keine Vergabepflicht gibt und ein Ausbaugelände im Laufe des Verfahrens in Absprache mit den Bietern und dem Förderer modifiziert werden könne. Eine zu Beginn des Verfahrens vorgenommene Erweiterung der Ausbaugelände auf sehr dünn besiedelte Bereiche könnte dazu führen, dass kein Anbieter ein Angebot abgibt. Aus Sicht von Herrn Ledermann ist es zielführend, nach Abgabe von Angeboten mit den Anbietern über die Versorgungsverbesserung weiterer Bereiche nach zu verhandeln.

**Stadtrat Schechner beantragt, auch angesichts des Risikos, dass kein Bieter ein Angebot abgeben könnte, das Ausbaugelände Nord vor dem Start des Ausschreibungsverfahrens um den Bereich Sigersdorf zu erweitern.**

Abstimmung: 1:8

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beauftragt das Ingenieurbüro Ledermann, das Ausschreibungsverfahren mit den Ausbaugeländen Ebersberg Nord und Ebersberg Süd zu starten. Im laufenden Verfahren soll mit den Anbietern über den weiteren Anschluss angrenzender Orte wie z.B. Sigersdorf verhandelt werden.**

**9 Ja : 0 Nein**

**TOP 2.**

**Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2014**

---

öffentlich

**Sachverhalt:**

Vor Beginn der Beratung zum Haushalt 2014 einigen sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, den Antrag der CSU-Fraktion vom 11.02.2014 betreffend Waldsportpark in der Sitzung des Stadtrates am 29.04.2014 zu behandeln. Zur Bitte von Stadträtin Rauscher, einen chronologischen Abriss der bisherigen Beschlüsse zum Waldsportpark erarbeiten zu lassen, weist dritter Bürgermeister Riedl darauf hin, dass dies über die Suchfunktion auf der städtischen Homepage zurückgreifend bis 1996 möglich ist.

Zum Haushalt 2014 trägt Herr Napieralla vor, dass den Mitgliedern des Ausschusses mit Schreiben vom 09.03.2014 ein in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichener Entwurf des Verwaltungshaushalts ebenso zugesandt wurde wie ein Entwurf des Vermögenshaushalts, welcher aber bei den Einnahmen und Ausgaben noch eine Differenz in Höhe von € -2.814.700 ausweist. Den zugesandten Entwürfen waren beigefügt:

- Haushaltssatzung,
- Gesamtpläne,
- Kurzerläuterungen,
- Rücklagen- und Schuldenübersicht,
- Stellenplan,
- Personalkostenstatistik,
- Investitionsplanung und
- zwei Listen über Positionen, welche im Haushaltsentwurf vorerst nicht berücksichtigt sind

Mit Schreiben vom 10.12.13 sind alle Abteilungsleiter der Stadtverwaltung, sowie „HH-verantwortliche“ Mitarbeiter aufgefordert worden, ihre Mittelanforderungen abzugeben. Diese Zahlen wurden anschließend im vorliegenden Entwurf unter Beachtung der bisherigen Haushaltsansätze und dem tatsächlichen Ist-Ergebnis aus den Vorjahren für das Haushaltsjahr 2014 (weitgehend) eingearbeitet.

Nicht alle beantragten Haushaltsmittel konnten berücksichtigt und eingearbeitet werden. Die nicht enthaltenen Anforderungen wurden auf gesonderten Listen dargestellt. Insgesamt wurden der

Entwurf und die Sparlisten mit dem stellv. Bürgermeister Ried und den Amtsleitern der Stadtverwaltung ausführlich beraten und besprochen.  
Der nunmehr vorliegende 1. Haushaltsentwurf schließt im Verwaltungshaushalt ausgeglichen mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 26.839.300.

Im Vermögenshaushalt liegt mit einem Ausgabevolumen von € 17.655.900 und einer Einnahmesumme von € 14.841.200 noch eine Differenz von: € -2.814.700 vor, **obwohl** bereits für Wasser- und Kanalinvestitionen rentierliche Kreditaufnahmen i. H. v. € 1 Mio. und für unrentierliche Bauinvestitionen, z. B. für die energetischen Schulhaussanierungen, i. H. v. 3 Mio. eingerechnet sind.

Der Mindestzuführungsbetrag vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt (das entspricht der Summe der regulären Schuldentilgungen) i. H. v. von € 566.000 ist mit € 1.534.800 übertroffen. Hiermit verbleibt oder verbliebe eine sog. „freie Spitze“ von € 968.800.

Aber: Diese sog. „freie Spitze“ ist nur möglich, weil vorher aus der Rücklage 1 Mio. Euro (*die letzte Reservemillion*) über den Vermögenshaushalt entnommen und für den laufenden Betrieb im Verwaltungshaushalt, bzw. für evtl. Steuerrückerstattungen, eingesetzt worden ist. Dieses Vorgehen ist mit der Rechtsaufsicht einvernehmlich besprochen.

Alle Ansätze im Verwaltungshaushalt vom Einzelplan 0 „Allgemeine Verwaltung“ bis hin zum Einzelplan 9 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ wurden ordnungsgemäß berechnet, bzw. wo dies nicht möglich war, nach bestem Wissen und Gewissen ordnungsgemäß geschätzt.

Dies gilt ebenso für den Vermögenshaushalt. Jedoch ist es bei den großen laufenden bzw. geplanten Investitionsobjekten oft schwierig, hinsichtlich des zeitlichen Baufortschritts und der damit zusammenhängenden finanziellen Abrechnungsvolumina den richtigen Haushaltsansatz festzulegen. Auch die bereits bewilligten staatlichen Zuschüsse lassen je nach dem oft auf sich warten.

Herr Napieralla teilt ein paar Eckpunkte aus dem Jahresabschluss 2013 mit:

**Anlage 2**, Schuldenendstand 2013

**Anlage 3**, Rücklagenendstand 2013

**Anlage 4**, **Gesamt**-Kostenstand zum 31.12.2013 von Bauinvestitionen (z. B. Schule Baldestraße, Schule Floßmannstraße, Familienzentrum, Stadtsaal)

## Verwaltungshaushalt

Basierend auf den Rechnungsergebnissen aus den Vorjahren, Sollstellungen zu Beginn des Kalenderjahres 2014 u. den vielen Mittelanforderungen der Kolleginnen u. Kollegen für den laufenden Betrieb wurden wie alle Jahre die Ansätze festgelegt.

Mittelanforderungen, welche nur z. T. oder gar nicht im vorliegenden Entwurf enthalten sind, liegen als Sparliste zum Verwaltungshaushalt bei.

Die Personalkostenentwicklung sowie die „großen“ Steuereinnahmen bzw. Umlagenpositionen aus dem Einzelplan 9 „allgemeine Finanzwirtschaft“ werden anhand von Schaubildern dargestellt:

- Anlage 5**, Personalkosten
- Anlage 6**, Grundsteuer A und B
- Anlage 7**, Gewerbesteuer, Gewerbesteuerumlage
- Anlage 8**, Einkommensteuerbeteiligung
- Anlage 9**, Kreisumlage
- Anlage 10**, Zuführungsbeträge

## Vermögenshaushalt

Bei weitem konnten im Vermögenshaushalt nicht alle Mittelanforderungen eingestellt werden. Auch für den Vermögenshaushalt musste eine Sparliste erstellt werden, was alles nicht bzw. nur z. T. enthalten ist. Die Liste ist mit dem Entwurf zugesandt worden.

- Anlage 11**, Zusammenfassung Vermögenshaushalt

Aus vielen Anforderungen für den Vermögenshaushalt werden folgende Investitionsmaßnahmen kurz zusammengefasst benannt, jedoch mit dem Hinweis, dass trotz einer bereits eingeplanten Kreditaufnahme i. H. v. 4 Mio., noch eine Deckungslücke von über 2,8 Mio. Euro besteht.

So sind momentan im Entwurf eingestellt:

<input type="checkbox"/>	Brandschutz u. bewegliches Vermögen im Rathaus	€ 150.000
<input type="checkbox"/>	(nur Klein-) Reparaturen OG FFW-Gebäude EBE und bewegliches Vermögen Feuerwehren (hier ist auch die neue Funkausrüstung mit ca. € 50.000 enthalten)	€ 150.000
<input type="checkbox"/>	bewegliches Vermögen der Schulen lt. Anmeldung d. Schulleitungen	€ 80.000
<input type="checkbox"/>	Schulen: Schule Oberndorf 2014 € 30.000 Schule Floßmannstraße (2011 – 2013 € 1.462.000) 2014 € 765.000 Generalsanierung Schule Baldestraße (2009 – 2013 € 11.114.000): jetzt: 2014 € 4.450.000 Mio., Aufstockung Umkleiden Hallenbad für zusätzl. Schulräume € 1.200.000 Gesamtmittelanforderung für Schulen in 2014: € 6.445.000	
<input type="checkbox"/>	<u>Gesamtansatz für alle Schulen in 2014 (momentan):</u>	€ 4.500.000
<input type="checkbox"/>	<i>auch staatlichen Zuschüsse sind veranschlagt; heuer mit € 545.000</i>	
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für Pflege Ausgleichsflächen, Novellierung FNP u. Landschaftspflegeplan, sowie bew. Vermögen MWU u. Bücherei <i>auch Einnahmen v. Landkreis für Ausgleichsflächen/Deponie € 10.000</i>	€ 65.000
<input type="checkbox"/>	Investition KiTa´s, (einschl. Spielplätze, FZ)	€ 1.549.000
<input type="checkbox"/>	<i>auch staatlichen Zuschüsse sind veranschlagt; heuer mit € 1.100.000</i>	
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für den Bereich Sport, Hallenbad, Familienbad und Grünanlagen	€ 112.000
<input type="checkbox"/>	Ausgaben soziale Wohnungsbauförderung	€ 71.000
<input type="checkbox"/>	Ausgabe Grundstücke Dr. Bankerl	€ 905.000
<input type="checkbox"/>	<i>Einnahme Verkauf Dr. Bankerl € 1.400.000 --- nur noch heuer!!!</i>	
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für Bauhof- u. Straßeninvestitionen, 1. AZ Umbau K.Rohde-P., Bahnübergänge, Gehwege, Abrechnung Bahnhofsumfeld (hier auch Wettbewerbskosten f. d. Umbau des Marienplatzes)	€ 1.391.200
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für Straßenbeleuchtung u. Straßenreinigung	€ 55.000
<input type="checkbox"/>	Ausgaben Gewässerunterhalt (EG-WRRL -u. a. obere Ebrach-)	€ 150.000
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für: Abwasserbeseitigung	€ 815.000
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für die Abfallbeseitigung, für das Bestattungswesen, und für Bürgerhaus u. Buswartehäuschen	€ 38.000
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für die Wasserversorgung	€ 665.000
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für Veranstaltungsräume (Alter Speicher)	€ 2.400.000
<input type="checkbox"/>	<i>Einnahmen Städtebauförderung € 774.700</i>	
<input type="checkbox"/>	Ausgaben für Fertigstellung des Familienzentrums (mit DG)	€ 65.000
<input type="checkbox"/>	<i>Einnahmen durch Grundstücksverkäufe € 400.000</i>	

Da der Zuführungsbetrag aus dem Verwaltungshaushalt relativ gering ist, wird der Vermögenshaushalt im erheblichen Maße durch RL-Entnahmen gestärkt und dennoch verbleibt trotz einer bereits eingerechneten unrentierlichen Kreditaufnahme in Höhe von € 3 Mio. noch eine „Lücke“ von über € 2,8 Mio.,

- Anlage 12**, Rücklagen
- Anlage 13**, Schulden

Abschließend führt Herr Napieralla  
zum Verwaltungshaushalt aus:

Es sollte geprüft werden, ob neben den verpflichtenden Personal- u. Sachkosten des kommunalen Kerngeschäfts und den schon bestehenden, bisherigen, freiwilligen Aufgaben weiterhin noch neue und zusätzliche Kosten übernommen werden können.

Kernpunkt bleibt immer die Höhe der positiven Zuführung in den Vermögenshaushalt, die dann ja immer in Relation zur verpflichtenden Schuldentilgung bzw. Neuverschuldung zu setzen ist.

Die heuer festgelegten Ansätze der Einnahmen bei der Einkommensteuer und Gewerbesteuer im vorliegenden Entwurf sind aus jetziger Sicht auf der „sicheren Seite“ veranschlagt.

Dennoch, der vorliegende Ausgleich ist nur möglich, weil bereits 1 Mio. in die „falsche Richtung“ veranschlagt ist. In den vergangenen Jahren standen uns hierzu sogar einmal € 2,5 Mio. Reserve zur Verfügung.

Würde diese € 1 Mio. heuer gebucht werden müssen, stünden für nächstes Jahr keine Reserve-mittel mehr zur Verfügung!

und

zum Vermögenshaushalt aus:

Der Vermögenshaushalt 2014 steht erneut u. weiterhin im Lichte der beschlossenen „Großinvestitionen“ und ist deshalb ohne weitere unrentierliche Kreditaufnahmen nicht zu stemmen: z. B.:

- Sanierung Schulen u. Stadtsaal-Innenausbau zusammen: € 6,9 Millionen Euro!**  
(und da sind die Schulhaussanierungen noch gar nicht abgeschlossen)
- und jetzt kommt eine weitere Großinvestition hinzu:**  
**Kinderhaus am Volksfestplatz, --- auch die Aufstockung der Umkleiden am Hallenbad**

Hier ist zusätzlich darauf hinzuweisen, dass auch die Finanz- und Investitionsplanung -würde man auch noch zukünftige Großmaßnahmen mitberücksichtigen- sich nicht mehr ausgleichen lässt.

Punkt 1, im Gange wie:           Fertigstellung/Betrieb Schulen u. Stadtsaal, KiTA am Volksfestplatz,

Punkt 2 zusätzlich:           KiGa St. Sebastian, Hallenbad, Marienplatz, Erweiterung WSP, Stadtarchiv im FZ, Verpflichtung 10%- RL-Verschuldung

#### **Diskussionsverlauf:**

Die Fragen der Ausschussmitglieder u.a. zur Investitionsplanung, Pacht des Volksfestplatzes, Heizkosten der Schule, Stelle Museumsleitung, Ausbau Schwedenweg, Ausbau Straßenbeleuchtung, Grundstücksverkäufe, Aufstockung Umkleideräume Schulsanierung und Zuschuss für Seniorenarbeit beantwortet Herr Napieralla.

#### **Beschluss:**

**Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den vorliegenden Haushaltsentwurf 2014 (nebst HH-Satzung) einschl. Anlagen und „Einsparlisten“ zu beschließen.**

**Die Empfehlung ist (wiederum) mit den Maßgaben verbunden:**

- einen eventuell verbleibenden Sollüberschuss für zukünftige Haushaltsjahre der Rücklage zuzuführen.**  
**Hier muss an erster Stelle die RL-Zuführung zur Tilgung der unrentierlichen Schulden nach Ablauf der Zinsbindung stehen (Beschluss FiVA 25.10.11) und**
- die Verwaltung wird ermächtigt, Kreditverträge für die im HH 2014 veranschlagten Kreditaufnahmen selbstständig zu unterzeichnen.**

**9 Ja : 0 Nein**

#### **TOP 3.**

##### **Verschiedenes**

---

öffentlich

#### **Sachverhalt:**

Herr Napieralla gibt die im Zeitraum vom 18.12.2013 bis zum 17.03.2014 eingegangenen Spenden bekannt. Einstimmig wird die Annahme der Spenden beschlossen.

#### **TOP 4.**

##### **Wünsche und Anfragen**

---

öffentlich

Stadträtin Anhalt bittet darum, die auf dem Spielplatz Karwendelstraße abmontierten Schaukeln wieder aufzustellen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 22:00 Uhr

Stadt Ebersberg, den 01.04.2014

2. Bürgermeister Ried  
Sitzungsleiter

Herr Ipsen  
Schriftführer